

Erschienen in:

Jürgen Falter, Oscar W. Gabriel, Hans Rattinger (Hrsg.),
Wirklich *ein* Volk? Die politischen Orientierungen von
Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen: Leske
und Budrich, 2000, 641-673.

**Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein
Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der
gedruckten Fassung.**

Appelle zu taktischem Wahlverhalten – effektive
Werbung oder verfehlte Wahlkampfrhetorik?

1. Einleitung

Wahlkämpfe spiegeln wie durch ein Brennglas verstärkt die vielgestaltigen Facetten der politischen Kultur einer Gesellschaft wider (vgl. Huh 1996: 124; Palmer 1993: 68; ähnlich: Toman-Banke 1994: 55, 1996: 383-384). Nutzte man, diesem Argument folgend, Wahlkampagnen als Indikatoren, resultierte ein nicht allzu optimistisches Urteil über die politische Kultur in der Bundesrepublik. Denn Wahlkämpfe genießen hierzulande keinen guten Ruf. Sie seien zu einer reinen „Show“ (Bethscheider 1987: 12) verkommen und würden als „entpolitisierte Werbefeldzüge“ (Sarcinelli 1986: 34) geführt. Allzu schnell gerate eine Wahlkampagne zu einer „Schlamm Schlacht“ (Bethscheider 1987: 12), in der der politische Gegner als „Feind von Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit“ (Huh 1996: 15) verdächtigt werde. Als kleinster gemeinsamer Nenner läßt sich diesen Klagen, die durchaus unterschiedliche Stoßrichtungen verfolgen, das Verdikt entnehmen, Wahlkämpfe würden zu emotionalisiert und polarisiert geführt, als daß der Wähler auf Grund einer kühlen Abwägung sachlicher Alternativen entscheiden könnte, manchem scheinen sie sogar „der rationalen Entscheidungsfindung der Wähler entgegenzuwirken“ (Huh 1996: 16). Und als Urheber der skizzierten Misere wird unisono die politische Elite identifiziert. Sie versäume es, die politisch-inhaltlichen Alternativen aufzuzeigen und setze statt dessen auf emotional gefärbte Appelle.

Wahlkampagnen dienen Parteien dazu, die Erfolgsaussichten bei Urnengängen zu verbessern. Da vom Ausgang von Wahlen die politische, wenn nicht die materielle Existenz der Kandidaten abhängt, darf man davon ausgehen, daß Wahlkampfstrategien in einer Hochkostensituation (vgl. Latsis 1976: 16; Zintl 1994: 506-507; siehe auch Kirchgässner 1991: 313) konzipiert werden. Deshalb sollten die Akteure auf der politischen Angebotsseite in dem Sinne rational handeln, daß sie mit ihrem Verhalten auf situative Anreize reagieren. Folglich werden Parteiführer im Wahlkampf mit jenen Aussagen an die Öffentlichkeit treten, von denen sie sich den größten Zuspruch beim Publikum versprechen (siehe Rudolph 1987: 144). Falls sie das Wahlvolk für politisch interessiert und aufgeschlossen für eine rationale Auseinandersetzung mit politischen Sachfragen halten, wird sich eine Wahlkampagne auf den Austausch sachlicher Argumente konzentrieren. Hingegen wird ein Elektorat, das als sehr empfänglich für Werbebotschaften gilt, die sich inhaltlicher Aussagen enthalten, personalisierte und emotionalisierte Kampagnen erleben. Kurz, Keys (1966: 2) auf das Wählervotum bezogene Echo-Metapher läßt sich auf die Wahlkampfführung

münzen: Wahlkampagnen geben Auskunft über das Bild der politischen Elite vom Entscheidungsverhalten der Stimmbürger. Für die Bundesrepublik resultiert aus den skizzierten Charakterisierungen von Wahlkämpfen ein wenig schmeichelhaftes Bild: Die Bürger vergeben ihre Voten wenig überlegt und aus unpolitischen Gründen.

Dieser in sich schlüssige Eindruck, Wahlwerbung animiere zu nicht rational begründetem Wahlverhalten und der Grund dafür liege in einem pessimistischen, wenn nicht zynischen Blick der politischen Elite auf die Bevölkerung, wird jedoch von den in Wahlkämpfen regelmäßig wiederkehrenden Appellen der Parteien an die Bürger zu taktischem Stimmverhalten gestört. Da derartige Voten nicht unerhebliche Kenntnisse auf Seiten der Wähler voraussetzen, können diese Aufrufe das skizzierte Bild etwas aufhellen, erscheinen aber zugleich fragwürdig. Denn weshalb sollten als weithin ignorant geltende Wähler ausgerechnet für taktische Argumente zugänglich sein? Der Hinweis, derartige Aufrufe seien von vornherein nur an ein kleines Wählersegment adressiert, reduziert zwar die Erwartungshaltung und lässt die Werbung realistischer erscheinen, doch kann auch er deren Erfolg nicht verbürgen. Inwieweit Appelle zu taktischem Stimmverhalten auf fruchtbaren Boden fallen, kann nur empirisch geklärt werden, und dazu versucht der vorliegende Aufsatz beizutragen. Sollte sich dabei die taktierende ‚Wählerelite‘ als Fiktion erweisen, drängte sich die Frage auf, weshalb Parteien sich in einer Welt knapper Ressourcen den Luxus leisten, Wahlwerbung zu betreiben, die keine zusätzlichen Stimmen einbringt.

Um zu überprüfen, ob bei der Bundestagswahl 1998 die Angebots- und die Nachfrageseite am politischen Markt in dieser Weise auseinanderfielen, werden wir zunächst taktisches Wahlverhalten aus theoretischer Perspektive diskutieren. In der empirischen Analyse werden wir nach einer knappen Skizze der Wahlwerbung der Parteien die Kenntnisse des Wahlsystems und die Wahrnehmung der Wahlchancen untersuchen, ehe wir zu der Frage vordringen werden, ob bei der Bundestagswahl 1998 taktisches Wahlverhalten eine Rolle gespielt habe. Beschließen werden wir unsere Ausführungen mit Überlegungen zu möglichen Gründen für eine Kluft zwischen Wahlwerbung und Wahlverhalten.

2. Taktisches Wahlverhalten bei Bundestagswahlen: Theoretische Vorüberlegungen

Taktisches Wahlverhalten¹ liegt ganz allgemein dann vor, wenn ein Bürger seine Stimmenscheidung nicht nur auf seine politischen Präferenzen stützt,

¹ Da die amerikanische und die britische Literatur den gleichen Gegenstand als „strategic voting“ bzw. „tactical voting“ bezeichnen (vgl. etwa Evans/Curtice/Norris 1998: 65), verwenden wir die Begriffe ‚taktisch‘ und ‚strategisch‘ synonym.

sondern darüber hinaus die Erfolgsaussichten der konkurrierenden politischen Angebote einbezieht und auf Grund dieser Überlegungen gegen seine aktuelle Parteipräferenz votiert (vgl. Cox 1984: 726; Galbraith/Rae 1989: 126; Kim/Fording 1998: 1; Tsebelis 1986: 395; vgl. für eine leicht abweichende Interpretation Catt 1989: 549).

Alle Argumente, die taktisches Wahlverhalten postulieren, teilen eine Reihe zumindest impliziter Basisannahmen zum Bild vom Wähler. Einerseits werden den Stimmbürgern bestimmte kognitive Fähigkeiten zugeschrieben, andererseits wird eine bestimmte Motivkonstellation vorausgesetzt (vgl. allgemein dazu Cox 1997: 76-79). In jener Hinsicht geht man davon aus, die Stimmbürger bildeten Erwartungen zum Abschneiden der verschiedenen politischen Angebote bei einem anstehenden Urnengang. Als Quelle dafür können zum einen die Resultate früherer Wahlen dienen, wobei zunächst offen bleibt, ob die Bürger nur Wahlen einer politischen Ebene berücksichtigen, wie ebenso nicht a priori geklärt ist, ob die Stimmbürger nur den jüngsten oder auch weiter zurückliegende Urnengänge verwenden. Alternativ dazu lassen sich die Erwartungen zum vermutlichen Ausgang eines bevorstehenden Wahlgangs auf die Befunde aktueller Meinungsumfragen stützen (vgl. etwa Brettschneider 1992: 59-60; Kirchgässner 1986; Schultze 1987: 172-173). Da die Wahrnehmung derartiger Informationen ein Mindestmaß an Aufmerksamkeit für den jeweiligen Urnengang voraussetzt, sollte taktisches Wahlverhalten bevorzugt in den politisch interessierten Segmenten des Elektorats anzutreffen sein.

Damit die Stimmbürger ihre Erwartungen zum Wahlausgang für ihr Stimmverhalten nutzbar machen können, müssen sie, zweitens, den Stimmverrechnungsmodus bei Bundestagswahlen in Grundzügen kennen. Insbesondere sollten sie sich des relativen Gewichts beider Voten bewußt sein: Abgesehen von der Grundmandatsklausel und etwaigen Überhangmandaten, entscheidet allein die Zweitstimme über die parteipolitische Komposition des Bundestages, weshalb sie das eindeutig wichtigere Votum ist. Da Umfragen bis zum Beginn der neunziger Jahre eine ziemlich geringe Verbreitung dieser Informationen in der Bevölkerung belegen (vgl. Schüttemeyer 1986: 127-132; Schmitt-Beck 1993: 396), besteht der begründete Verdacht, taktisches Stimmverhalten müsse auf einen eng umgrenzten Wählerkreis, gleichsam eine ‚Wählerelite‘, beschränkt sein.

Damit die Wähler ihr Wissen um das Wahlsystem und ihre Erwartungen zum Wahlausgang nicht unverbunden nebeneinander stellen, sondern miteinander in Beziehung setzen und daraus Schlußfolgerungen für ihre Stimmabgabe ableiten, muß sich zu den kognitiven Voraussetzungen eine kurzfristig instrumentelle Motivation (vgl. Cox 1997: 77; Downs 1957: 3-20, 36-50; kritisch dazu Meehl 1977: 11-30) gesellen. Folglich dürfen die Wähler zum einen nicht rein expressiv für eine Partei votieren, da ansonsten ihre Einschätzung der Wahlchancen der verschiedenen politischen Angebote

ihr Votum an der Urne nicht beeinflussen könnte. Zum anderen verfolgen die Stimmbürger in dieser Stilisierung kein langfristiges Kalkül, das sie die kurzfristige Aussichtslosigkeit eines Angebots am politischen Markt zugunsten der Förderung dessen Wettbewerbsfähigkeit in der langen Frist übersehen ließe. Vielmehr geht es den Stimmbürgern einzig und allein darum, ihr Votum beim anstehenden Urnengang effektiv einzusetzen.

Diese Annahmentrias zum Wählerverhalten dient zwei unterschiedlichen Argumentationsfiguren zum taktischen Wahlverhalten als Grundlage. Zum einen wird postuliert, daß ein Stimmbürger von einem als aussichtslos perzipierten politischen Angebot zu einem erfolgversprechenderen wechselt. Zum anderen finden sich Argumente, die die entgegengesetzte Bewegung sinnvoll erscheinen lassen, also den Wähler dazu animieren, bewußt für ein als elektoral gefährdet wahrgenommenes Angebot zu votieren, um diesem zum Erfolg zu verhelfen.

Die erste Version, als *wasted vote*-These in der Literatur etabliert (vgl. z.B. Fisher 1973; Spafford 1972; Shively 1970), geht davon aus, die Wähler wollten unter keinen Umständen ihre Stimme verschenken, weshalb sie nur für solche Kandidaten und Parteien zu votieren bereit seien, die realistische Erfolgsaussichten haben. Das bei Bundestagswahlen gültige Zweistimmensystem erlaubt es, zwei Ausprägungen des *wasted vote*-Arguments zu formulieren. Im Falle der Erststimmenvergabe kann ein Votum verschwendet erscheinen, falls es auf einen Bewerber ohne Chance auf die relative Mehrheit im Wahlkreis entfällt. Nimmt man das Stimmwert-Argument ernst, kann daneben ebenso eine Stimme für einen turnhoch überlegenen Kandidaten, der z.B. eine 65%-Mehrheit erringt, verschenkt anmuten, da dieser Sieg auch ohne das zusätzliche Votum des betrachteten Wählers zustande gekommen wäre (vgl. Shively 1972: 132). Folglich sollten Bürger ihrem präferierten Kandidaten die Stimme vorenthalten, falls sie den Eindruck haben, dieser werde mit dem Ausgang des Rennens um das Direktmandat nichts zu tun haben, und für einen Bewerber mit realistischen Aussichten, ernsthaft in die Entscheidung eingreifen zu können, votieren. Wegen eines Mangels an geeigneten Individualdaten ist dieses Argument bisher noch kaum erforscht und läßt sich auch an dieser Stelle nicht genauer untersuchen (vgl. für aggregatdatengestützte Analysen Bawn 1993, 1999).

Im Falle der auf die Zweitstimmenvergabe bezogenen Variante des *wasted vote*-Arguments bemessen sich die Erfolgsaussichten danach, ob eine Partei eine Chance hat, am Verhältnisausgleich teilzunehmen. Folglich können solche Gruppierungen als erfolgversprechend angesehen werden, die mindestens fünf Prozent der Zweitstimmen oder wenigstens drei Direktmandate zu erringen imstande scheinen. Im Umkehrschluß sollten am Stimmwert interessierte Sympathisanten ihrer Partei den Rücken zukehren und für eine erfolgsträchtig anmutende Gruppierung stimmen, wenn sie meinen, jener werde es nicht gelingen, auch nur eine der beiden

Bedingungen zu erfüllen. Nimmt man an, die wahrgenommenen Wahlchancen könnten auf die Bereitschaft zur Stimmabgabe für die präferierte Partei solchermaßen einen „Fallbeil-Effekt“ (Reumann 1983: 4) zeitigen, so liefen bei der Bundestagswahl 1998 die kleinen Parteien, also etwa die FDP, die Bündnisgrünen und die PDS, Gefahr, dadurch Stimmen einzubüßen, daß ihre Sympathisanten die Chancen auf den Bundestageinzug zu wenig zuversichtlich einschätzten.

Wesentlich geringerer Popularität in der systematischen Literatur erfreut sich das Argument, das Wählerbewegungen hin zu kleinen Parteien im Auge hat; dies dürfte nicht zuletzt daran liegen, daß es sich nicht auf das im angelsächsischen Raum verbreitete *first-past-the-post*-System anwenden läßt. Damit ist zugleich gesagt, daß bei Bundestagswahlen nur die Zweitstimme als solche „Stützstimme“² genutzt werden kann. Wie jede Variante strategischen Wahlverhaltens zeichnet sich auch diese dadurch aus, daß der Bürger für eine andere als die von ihm aktuell präferierte Partei votiert; er entscheidet sich, und dies ist das Kennzeichen von Stützstimmen, bewußt für eine Partei, deren Parlamentseinzug er für ungewiß hält, um ihr in den Bundestag zu helfen. Folglich geht der Wähler nicht davon aus, der Bundestageinzug der gewählten Partei sei eine ausgemachte Sache, da seine Stützstimme unter diesen Umständen überflüssig wäre; aber er meint auch nicht, es sei vollkommen ausgeschlossen, daß sie im Parlament vertreten sein werde. Denn diese Einschätzung vorausgesetzt, würde der Wähler seine Stimme sehenden Auges verschenken. Sinnvoll eingesetzt ist eine Stützstimme hingegen dann, wenn der Erfolg der Partei ungewiß erscheint.³

Eine Wahlentscheidung für eine um den Parlamentseinzug bangende Partei läßt sich jedoch nicht allein auf die Lust an einem riskanten Votum zurückführen, vielmehr muß ein inhaltliches Motiv hinzutreten. Dabei lassen sich in der politischen Diskussion mindestens drei häufig miteinander verknüpft Argumente unterscheiden (siehe etwa Falter 1987: 262-263). Erstens könnte ein Wähler, unabhängig von seiner eigenen Parteipräferenz,

² Wir haben uns für diesen Begriff und gegen die Bezeichnung „Leihstimme“ entschieden, da letztere insinuiert, die Parteien besäßen von vornherein Stimmenpakete, die sie dem einen oder anderen Konkurrenten leihen könnten; dagegen bringt der hier gewählte Begriff das Ziel des Wählers, eine Partei zu stützen, gut zum Ausdruck. In der internationalen Literatur findet sich zum einen der Terminus „threshold insurance“ (Cox 1997: 197), der auf den Zweck der Stimmabgabe, nämlich die Sicherung des Parlamentseinzugs abstellt, zum anderen die Bezeichnung „inverse tactical voting“ (Tsebelis 1986: 402), die darauf anspielt, daß taktisches Wahlverhalten in der Regel großen Parteien zu Lasten kleinerer nützt, in diesem speziellen Falle jedoch eine genau umgekehrte Bewegung der Stimmen postuliert wird.

³ Im Zusammenspiel mit der bis in die jüngste Zeit üblichen dichotomen Erhebung der perzipierten Wahlaussichten erklärt diese Überlegung unmittelbar das Defizit an empirischen Untersuchungen der Stützstimmenthese. Eine differenziertere Erhebungsmethode verwenden erstmals Thurner/Pappi (1998).

Wert darauf legen, daß ein bestimmtes politisches Anliegen im Parlament vertreten sei; zu denken wäre etwa an Christdemokraten, die dem Umweltschutz zuliebe für die Bündnisgrünen stimmen. Zweitens läßt sich ein solches Votum mit dem in einem „horror majoritatis“ (Wildenmann 1963: 6) wurzelnden Wunsch, eine Einparteienherrschaft und den damit assoziierten Machtmißbrauch zu verhindern; die Präferenz für eine Koalitionsregierung als *checks-and-balances*-Element kann sowohl Anhänger einer potentiell zur Alleinherrschaft fähigen Partei als auch Wähler, die dieser nicht wohlgesinnt gegenüberstehen, zu einer Stützstimme veranlassen (siehe Klein/Heinze 1999: 16). Die populärste Variante der Stützstimmenthese postuliert jedoch nicht die Vorliebe für irgendeine Koalition, sondern für ein bestimmtes Bündnis (siehe etwa Niclauß 1999: 34, der taktisches Wahlverhalten auf diese Variante reduziert). In dieser Perspektive sind jene die klassischen Stützwähler, die einen großen Koalitionspartner präferieren, meinen, der Juniorpartner sei vom parlamentarischen Aus bedroht und die präferierte große Partei habe keine Chance auf eine absolute Mandatsmehrheit, um allein regieren zu können (vgl. für ein Beispiel Roberts 1988: 326).

Gemünzt auf die Bundestagswahl 1998 läßt das Koalitionswahlargument vermuten, daß Sympathisanten von CDU/CSU und SPD, die den Verbleib von FDP bzw. Bündnisgrünen im Bundestag für ungewiß hielten, sich für den kleinen Bündnispartner entschieden; dagegen sollte, bei gleicher Präferenzstruktur, die Bewertung der Einzugschancen als sehr hoch oder sehr niedrig von der Vergabe einer Stützstimme abgehalten haben. In der allgemeinen Stützwahlvariante sind die gleichen Effekte zu erwarten, allerdings nicht nur zwischen verbündeten Parteien, sondern beispielsweise auch zugunsten der PDS.

3. Taktische Argumente im Wahlkampf 1998

Die beiden skizzierten taktischen Überlegungen verlangen von den Parteien unterschiedliche, ja widersprüchlich erscheinende Strategien. Wollen sie verhindern, dem elektoralen Fallbeil-Effekt zum Opfer zu fallen, müssen kleine Parteien versuchen, ihren Einzug in den künftigen Bundestag ihren Sympathisanten als sicher darzustellen, so daß diese sich nicht an der Wahlurne für ein anderes Angebot entscheiden, um keine Stimme zu verschenken. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, daß sich 1998 unter den kleinen Parteien die seit einigen Urnengängen beobachtbare Neigung fortsetzte, die eigene elektorale Stärke zu übertreiben und den Anschein zu erwecken, der Bundestageinzug sei eine reine Selbstverständlichkeit (siehe für die Bundestagswahl 1990 Schmitt-Beck 1993: 404, 1996: 142).

Sofern die Parteien die Stützstimmenthese ernst nehmen, müßten sie unter den Sympathisanten anderer Parteien, insbesondere jedoch unter jenen

eines potentiellen Koalitionspartners einen ganz anderen Eindruck zu erzeugen versuchen und ihre Chancen, die Hürden vor dem Bundestageinzug zu überwinden, als ungewiß erscheinen lassen. Da eine je nach Publikum schwankende Einschätzung der eigenen Wahlaussichten nicht sonderlich glaubwürdig wirken kann, finden sich in den Wahlkampagnen keine Aussagen, die den Bundestageinzug der eigenen Farben als ungewiß darstellen. Wenn auf das Stützstimmenargument rekurriert wird, geschieht dies auf andere Weise, wobei sich bei den Bündnisgrünen, der PDS und der FDP einige Besonderheiten erkennen lassen.

Die Bündnisgrünen wandten sich im August 1998 mit der Bitte an die SPD, diese möge mindestens drei als sicher geltende Direktwahlkreise einem grünen Bewerber überlassen, damit Bündnis 90/Die Grünen die Grundmandatsklausel in Anspruch nehmen und die Fünfprozentklausel umgehen könnte. Nachdem die Sozialdemokratie dieses aus grüner Furcht um die parlamentarische Existenz gespeiste Ansinnen negativ beschieden hatte (vgl. FAZ 1998b: 2), setzten die Bündnisgrünen stärker als in ihren frühen Jahren (vgl. Palmer 1993: 51) auf die taktische Karte und versahen in der heißen Wahlkampfphase ihre Plakate mit dem Hinweis „Die Zweitstimme entscheidet“.

Nachdem die PDS im Laufe des Jahres 1998 Zweifel beschlichen hatten, ob sie bei der dritten gesamtdeutschen Wahl ihr Kunststück aus dem Jahre 1994 wiederholen und mindestens drei Direktmandate erringen könnte, operierte sie ähnlich wie die Bündnisgrünen: Sie wandte sich zusehends von einer allein auf wenige Direktwahlkreise konzentrierten Kampagne ab und setzte verstärkt darauf, auch Zweitstimmen zu gewinnen, um die Sperrklausel zu überwinden (vgl. FAZ 1998a: 5). Ihren nachhaltigsten Ausdruck fand diese Wende in der Schlußphase des Wahlkampfes, als die Parole: „Zweitstimme ist Gysi-Stimme“ lanciert wurde, um Leihstimmen aus Sympathie für den prominentesten PDS-Politiker einzuwerben.

Im Vergleich zu den Bündnisgrünen und der PDS, beide weitgehend Novizen auf diesem Felde, darf die Zweitstimmenkampagne der FDP (vgl. FAZ 1998d: 1, 1998e: 2, 1998f: 2; siehe auch Feist/Hoffmann 1999: 229-230) beinahe schon als Traditionspflege gelten. Denn seit Anfang der siebziger Jahre bedienten sich die Liberalen regelmäßig einer solchen Strategie (vgl. Roberts 1988: 322-328; Harscheidt 1973: 27-29; Toman-Banke 1996: 282, 285, 311, 328). Folglich konnten die liberalen Aufrufe im Wahlkampf 1998, der FDP die Zweitstimme anzuvertrauen, nicht überraschen. Als Novum darf hingegen die Auseinandersetzung um diese Kampagne zwischen den Spitzen der christlich-liberalen Koalitionsparteien gelten. Denn die Unionsparteien gaben ihr in manch früherem Wahlkampf gepflegtes augenzwinkerndes Einverständnis mit den liberalen Werbepraktiken auf (vgl. Bannas 1998: 2) und wandten sich in bis dahin nicht gekannter Schärfe gegen die Abwerbung von Zweitstimmenwählern,

was im Vorwurf der „Zweitstimmenwilderei“ (FAZ 1998c: 2) des CSU-Vorsitzenden Waigel an die Adresse der FDP gipfelte. Seine Heftigkeit bezog der Konflikt augenscheinlich darauf, daß nicht nur die FDP, sondern auch CDU und CSU von der Wirksamkeit der Stützstimmenwerbung ausgingen und deshalb fürchteten, Koalitionsstimmen könnten zwar der FDP das parlamentarische Überleben sichern, aber die Union derart schwächen, daß weder an eine Fortsetzung der Koalition noch an die Verteidigung des Status‘ als größte Bundestagsfraktion gegen die SPD zu denken wäre.

Wie diese knappe Skizze verrät, haben die Parteien vor allem in der heißen Phase der Kampagne vor der 14. Bundestagswahl auf die diskutierten taktischen Argumente zurückgegriffen. Nun gilt es, deren Resonanz bei den Wählern zu untersuchen und die in Anlehnung an Aldrich/Sullivan/Borgida (1989: 123) formulierte Frage zu beantworten: „Do parties waltz before a blind audience?“

4. Kenntnisse des Wahlsystems und wahrgenommene Wahlchancen – Empirische Befunde

1. Kenntnis des Wahlsystems

Im Kalkül, das in taktisches Wahlverhalten mündet, spielen die Kenntnisse um die Funktionsweise des Wahlsystems eine wesentliche Rolle, weshalb die Verbreitung dieses Wissens im Elektorat einen ersten Hinweis auf das Potential taktischer Wähler geben kann. Folgen wir den in Tabelle 1 dargestellten Befunden aus der Querschnittsbefragung zur Bundestagswahl 1998, so weiß jeder zweite wahlberechtigte Deutsche, daß bei Bundestagswahlen die Zweitstimme das wichtigere der beiden Voten ist. Dabei schneiden die Westdeutschen besser ab als ihre ostdeutschen Landsleute, unter denen lediglich zwei von fünf das relative Gewicht der beiden Stimmen richtig angeben können. Diese Werte liegen zwar über dem Niveau, das rein zufällige Antworten erwarten ließen, doch kann man andererseits nicht von einer weiten Verbreitung dieses Wissens sprechen, weshalb taktisches Wahlverhalten auf ein kleines Wählersegment beschränkt sein muß.

Hinter der gesamtdeutschen Aggregatstabilität, die ein Vergleich der Vorwahlbefragungen 1990 und 1998 an den Tag bringt, verbergen sich deutliche Verschiebungen über die Zeit. Denn die Ostdeutschen konnten seit der Wiedervereinigung die Wissenskluft von 20 Prozentpunkten auf weniger als zehn Prozentpunkte verkleinern. Auch wenn noch kein Gleichstand erreicht ist, so zeichnet sich doch eine kognitive Konvergenz ab. Das zweite dynamische Element enthüllt ein Blick auf die Entwicklungen in den Jahren 1990 und 1998. In den alten Bundesländern ist im Jahr 1990 ein deutlicher Anstieg des Anteils Informierter vom Mai bis in den Herbst zu beobachten;

und 1998 erweisen sich die nach dem 27. September konsultierten Respondenten als besser informiert als die vor dem Wahltag befragten. Beide Befunde können als Indizien für einen Wahlkampfeffekt gewertet werden: Die verstärkte politische Kommunikation in Wahlkampfzeiten scheint tatsächlich das Wissensniveau der Bevölkerung in Wahlrechtsfragen zu heben. Allerdings, und das ist die andere Seite der Medaille, handelt es sich dabei lediglich um einen Stroheffekt, da außerhalb dieser Hoch-Zeiten politischer Kommunikation der Kenntnisstand wieder deutlich absinkt. Folglich überschätzen in zeitlicher Nähe zu Bundestagswahlen durchgeführte Erhebungen tendenziell die Kenntnisse des Publikums, da sie nicht nur fest verankertes, sondern auch kurzzeitig angelerntes Wissen messen – die Antwort auf unsere Frage nach den Voraussetzungen für taktisches Wahlverhalten läßt dieser Befund nicht eben optimistischer geraten.

Tabelle 1: Kenntnis des Wahlsystems in der deutschen Wahlbevölkerung 1990 und 1998

	<i>Deutschland</i>	<i>West</i>	<i>Ost</i>	<i>N</i>
Herbst 1998*	50,5	52,4	42,3 c	3262
- Vorwahl	46,1	47,5	40,2 b	1603
- Nachwahl	54,8 c	58,1 c	44,2 c	1664
Okt./Nov. 1990**	46,9	51,0	30,6 c	1752
Mai 1990***		35,6		2014

Signifikanzniveaus für die angegebenen Vorwahl-Nachwahl- (hochgestellt) und West-Ost-Differenzen: a: $p < ,05$; b: $p < ,01$; c: $p < ,001$.

* Die Frageformulierung lautet: „Bei der Bundestagswahl ist es so, daß der Wähler zwei Stimmen hat, eine Erststimme und eine Zweitstimme. Was ist eigentlich die wichtigere Stimme, wodurch wird letztlich über die Stärke der Parteien im Bundestag entschieden: durch die Erststimme oder durch die Zweitstimme oder sind Erst- und Zweitstimme hierfür gleich wichtig?“ Als wohlinformiert gelten Befragte, die der Zweitstimme das größere Gewicht zumessen; in die Gruppe der Uninformierten fallen hingegen Respondenten, die der Erststimme die größere Bedeutung zuschreiben, beide Voten für gleichermaßen wichtig erachten oder ihre Unkenntnis mit einem „weiß nicht“ bekennen. Werte für West- und Ostdeutschland wurden mit separater, gesamtdeutscher Wert mit gesamtdeutscher Gewichtung errechnet.

** Die Daten für West- und Ostdeutschland sind entnommen Schmitt-Beck (1993: 396), der gesamtdeutsche Wert wurde daraus errechnet. Allerdings verwendet diese Studie eine leicht abweichende Frageformulierung (vgl. Schmitt-Beck 1993: 395).

*** Dieses Ergebnis entstammt der ersten Welle des von Hans Rattinger und Jürgen W. Falter durchgeführten DFG-Projekts „Modelle des Wählerverhaltens“; die Frageformulierung ist identisch mit der hier verwendeten.

Da die Wahrnehmung von Wahlkampfkommunikation ein Mindestmaß an politischem Interesse voraussetzt, legt die Existenz von Wahlkampfeffekten die Vermutung nahe, daß es vom Grad der politischen Involvierung abhängt, ob jemand in Wahlsystemfragen kundig sei. Als erste

Ausprägung dieses Einstellungskomplexes verwenden wir das politische Interesse, das ein Befragter zu Protokoll gibt. Zweitens ziehen wir die subjektive politische Kompetenz eines Befragten heran (vgl. Milbrath/Goel 1977: 60-61). Drittens gilt eine Parteiidentifikation als enges Korrelat politischer Involvierung, weshalb zu vermuten ist, daß Parteiidentifizierer das Wahlsystem besser kennen als Personen ohne psychologische Bindung an eine politische Partei (vgl. Milbrath/Goel 1977: 36).

Neben diesen Einstellungen schlägt die Literatur einige objektive Größen vor, um politische Informiertheit zu erklären. Als geradezu klassisch kann das sozioökonomische Standardmodell gelten, das postuliert, mit einem höheren sozialen Status gehe ein größeres politisches Interesse und ein höheres Maß an politischer Information einher. Folglich sollte der soziale Status, etwa in Gestalt der formalen Bildung, positiv auf die Kenntnis des Wahlsystems wirken (vgl. Milbrath/Goel 1977: 114).

Auf die gleiche Argumentation läßt sich eine Überlegung zum Zusammenhang zwischen dem Lebensalter und dem politischen Wissen stützen. Geht man davon aus, die Befragten in den mittleren Altersjahrgängen seien dank ihrer Position im Erwerbsleben am besten mit politisch relevanten Ressourcen ausgestattet, ist ein kurvilinearere Zusammenhang mit der Kenntnis der Eigenheiten des bundesdeutschen Wahlsystems zu erwarten. Dagegen könnte man einen linear positiven Effekt des Lebensalters unterstellen, wenn man die Lebensjahre als Indikator für die Wahlerfahrung einer Person und damit deren Chance, das Bundestagswahlsystem zu erlernen, auffaßt. Dies gilt jedoch nur für die alten Länder, da zwischen Elbe und Oder die Wähler sämtlicher Altersgruppen simultan mit dem neuen institutionellen Arrangement konfrontiert wurden. Wegen der mit dem Lebensalter abnehmenden Lernbereitschaft, könnte man deshalb für Ostdeutschland sogar einen negativen Zusammenhang vermuten (vgl. Converse 1969: 148-158; Gluchowski 1983; Schoen 1996: 81-82).

Die Wahlerfahrungsthese könnte darüber hinaus der Ausgestaltung der Landtagswahlsysteme zu einer wichtigen Rolle verhelfen (vgl. Schmitt-Beck 1993: 401; Schoen 1996: 101). Denn wenn Bürger auf Landesebene ein dem nationalen Arrangement ähnliches Zweistimmensystem⁴ vorfinden, eröffnen ihnen regionale Urnengänge eine zusätzliche Gelegenheit, sich mit den Eigenheiten des bundesdeutschen Wahlsystems vertraut zu machen.

Um zu klären, ob sich die dargestellte Wissensklüft zwischen beiden Landesteilen auf die ungleiche Verteilung der angeführten Merkmale, die die politische Informiertheit beeinflussen, zurückführen läßt oder ob es sich um

⁴ Da sich im bayerischen Zweistimmensystem die Bedeutung beider Voten nicht eindeutig abstimmen läßt (vgl. z.B. Schultze/Ender 1991), schlagen wir Bayern, anders als Berlin, die fünf neuen Länder, Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, nicht den Zweistimmen-Ländern zu, in denen die Vertrautheit mit dem Bundestagswahlreglement besonders verbreitet sein sollte.

einen echten Effekt der Region handelt, beziehen wir in die gesamtdeutsche Analyse eine Variable ein, die erfasst, ob ein Respondent aus den alten oder neuen Bundesländern kommt.

Tabelle 2: Multivariate Analyse der Bestimmungsgründe der Kenntnis des Wahlsystems (Logit-Schätzung, in Klammern Standardfehler)

	<i>Deutschland</i>	<i>West</i>	<i>Ost</i>
Konstante	-3,79 c (,40)	-4,17 c (,49)	-2,14 c (,61)
Alter	,04 b (,01)	,06 b (,02)	-,01 (,02)
Alter quadriert	-,00 c (,00)	-,00 c (,00)	,00 (,00)
Formale Bildung	,50 c (,06)	,53 c (,07)	,39 c (,11)
Parteieneigung	,28 b (,09)	,29 a (,11)	,27 (,14)
Politisches Interesse	,37 c (,05)	,37 c (,06)	,39 c (,08)
Subjektive politische Kompetenz	,08 (,04)	,11 a (,05)	-,04 (,07)
Landtagswahlsystem	,44 (,10)	,45 c (,11)	- -
Region	-,79 c (,12)	- -	- -
N	3000	1990	1010
-2 Log-Likelihood	4107,1	2723,7	1369,2
Modell-Chi ²	395,9 c	285,1 c	67,5 c
Devianzreduktion (%)	9,6	10,5	4,9
Korrekt prognostiziert (%)	65,1	65,5	64,4

Signifikanzniveaus der Koeffizienten: a: $p < ,05$; b: $p < ,01$; c: $p < ,001$.

Formale Bildung: 1: maximal Hauptschule; 2: Mittlere Reife; 3: Abitur und mehr.

Parteieneigung: 0: keine Parteiidentifikation; 1: Parteiidentifikation.

Politisches Interesse: 1: überhaupt nicht, 5: sehr stark.

Subjektive politische Kompetenz: Item „Ich kann wichtige politische Fragen gut verstehen“: 1: stimme überhaupt nicht zu; 5: stimme voll und ganz zu.

Landtagswahlsystem: 0: anderes System als bei Bundestagswahlen; 1: dem Bundestagswahlsystem ähnliches Reglement.

Region: 0: West; 1: Ost.

Das empirische Abschneiden dieser Argumente läßt sich Tabelle 2 entnehmen. In den beiden separaten Analysen erweisen sich die angeführten Überlegungen für die alten Ländern als etwas erklärungskräftiger als für die neuen – was jedoch nichts daran ändert, daß das Ausmaß der reduzierten

Varianz eher bescheiden ist. Die Differenz in der Modellanpassung setzt sich folgerichtig fort, wenn man den Einfluß der einzelnen Größen inspiziert. Denn zwischen Elbe und Oder entfalten lediglich zwei Faktoren eine von Null verschiedene Wirkung: Die formale Bildung und das politische Interesse fördern unabhängig voneinander die Kenntnis des Wahlsystems. Diese Effekte finden sich auch in der ursprünglichen Bundesrepublik, allerdings lassen sich hier weitere signifikante Wirkungen nachweisen. Zum einen spielt das Lebensalter die erwartete Rolle: Zunächst nimmt im Laufe des Lebenszyklus die Kenntnis des Wahlsystems zu, um später mit dem Verstreichen weiterer Jahre wieder nachzulassen. Der Umstand, daß diese kurvilineare Beziehung nur in den alten, nicht jedoch in den neuen Bundesländern auftritt, läßt sich wohl auf die relativ kurz zurückliegende Einführung des Zweistimmensystems in Ostdeutschland zurückführen. Als zweitem zusätzlichen Prädiktor kommt dem Landtagswahlsystem in den alten Ländern eine signifikante Bedeutung zu, und zwar in der vermuteten Weise Schließlich wachsen auch den Parteibindungen und der subjektiv empfundenen politischen Kompetenz die erwarteten Wirkungen zu.

Die gesamtdeutsche Analyse, deren Resultat erwartungsgemäß weitgehend den westdeutschen Befunden entspricht, gibt Aufschluß darüber, ob sich West- und Ostdeutsche in ihren Kenntnissen grundlegend unterscheiden. Der signifikant negative Koeffizient, der der Region zugeordnet wird, räumt in dieser Hinsicht alle Zweifel aus, denn heißt dieses Ergebnis doch nichts anderes heißt, als daß – die anderen Variablen konstant gehalten – die Ostdeutschen weniger gut mit dem Wahlsystem vertraut sind als die Westdeutschen. Bedenkt man, daß in beiden Landesteilen mit der formalen Bildung und dem politischen Interesse die gleichen Kernvariablen die Kenntnis des Wahlsystems beeinflussen, ist die Ursache für diese innerdeutsche Differenz wohl in den ungleichen Startbedingungen der Bürger beiderseits der Elbe zu suchen: Die westdeutsche Gesellschaft hatte mittlerweile beinahe 50 Jahre Zeit, sich mit dem Wahlsystem vertraut zu machen, während die Ostdeutschen noch nicht einmal seit einem Jahrzehnt nach diesen Regeln wählen. Diese Interpretation nährt die Erwartung, daß die kognitive Kluft im Laufe der Zeit beinahe wie von selbst verschwinden wird – jedoch ist damit nicht gesagt, daß sich die Voraussetzungen für taktisches Wahlverhalten nachhaltig verbessern werden.

2. Wahrgenommene Wahlaussichten

Eine zentrale Position in den taktischen Wählerkalkülen nehmen die perzipierten Wahlaussichten der kleinen Parteien ein, weshalb wir diese nun einer eingehenden Untersuchung unterziehen werden. Neben den Niveaus der wahrgenommenen Wahlchancen interessiert uns dabei die Wirkung zweier Einflußgrößen auf die perzipierten Erfolgsaussichten kleiner Parteien: die regionale Herkunft eines Befragten sowie die Existenz einer langfristigen

affektiven Bindung an eine politische Partei. Die Vermutung, zwischen West- und Ostdeutschland könnten Perzeptionsdifferenzen auftreten, stützt sich auf die Annahme, daß die unterschiedlichen Erfahrungen mit den Parteien auf die Wahrnehmungen abfärben (vgl. Babad/Hills/O'Driscoll 1992). Demnach sollten jeweils diejenigen politischen Formationen bei Bundestagswahlen als besonders aussichtsreich gelten, die in der Region bei bisherigen Wahlen erfolgreich waren. Dies läßt erwarten, daß den Bündnisgrünen und der FDP als weitgehend westdeutschen Regionalparteien in den alten Bundesländern wesentlich größere Erfolgsaussichten zugeschrieben werden als in den neuen, wo sie ein Diaspora-Dasein fristen. Umgekehrt darf man davon ausgehen, daß der PDS in den neuen Ländern, wo sie eine etablierte politische Kraft darstellt, wesentlich größere Erfolgchancen eingeräumt werden als in Westdeutschland, wo sie über den Status einer Splittergruppe noch nicht hinaus gekommen ist.

Die Vermutung, die Wahrnehmung von Wahlaussichten werde von affektiven Bindungen an eine politische Partei beeinflusst, speist sich aus dem Status der Parteiidentifikation als zentraler und langfristig stabiler Einstellung, die periphere und damit kurzfristig variable Attitüden und die Wahrnehmung der Politik färbe (vgl. Campbell/Converse/Miller/Stokes 1960: 120-145). Folglich sollten Projektionseffekte einer Parteiidentifikation auftreten, und zwar dergestalt, daß eine Partei einem ihrer Anhänger erfolgversprechender erscheint als einem Respondenten, der ihr distanziert gegenübersteht. Kurzum, Parteineigungen dürften eine zweckoptimistische Betrachtung der politischen Landschaft begünstigen (siehe Babad 1997; Berelson/Lazarsfeld/McPhee 1954: 289; Granberg/Brent 1983; Lazarsfeld/Berelson/Gaudet 1944: 106; Schmitt-Beck 1996: 129).

Ehe wir uns der Überprüfung dieser Hypothesen zuwenden, inspizieren wir, wie die Befragten die Chancen von FDP, Bündnisgrünen, PDS, REP und DVU, in den Bundestag einzuziehen, vor der Wahl 1998 beurteilt haben. Erhoben wurden diese Einschätzungen mit der Frage: „Für wie sicher halten Sie den Einzug der folgenden Parteien in den Bundestag? Absolut sicher, ziemlich sicher, eher unsicher, ganz unwahrscheinlich?“ Ordnet man diesen Ausprägungen die Werte 1, 2/3, 1/3 bzw. 0 zu, ergeben sich die in Tabelle 3 festgehaltenen wahrgenommenen Einzugswahrscheinlichkeiten. Daran fällt eine ziemlich differenzierte Einschätzung der Wahlaussichten ins Auge. Während die Bündnisgrünen mit 61% ziemlich sicher im Bundestag erwartet wurden, erschien das Schicksal der FDP mit 43% und der PDS mit 35% eher ungewiß. Und die Wahlkampfbemühungen der beiden rechtsradikalen Parteien galten mit Einzugswahrscheinlichkeiten von etwa 10 Prozent als weitgehend aussichtslos. Ein Vergleich mit den in Tabelle 4 festgehaltenen Befunden zur Wahl 1994 weist zudem auf eine hohe Aggregatstabilität – einzig das verbesserte Urteil zur FDP bildet eine Ausnahme – hin, die

angesichts der binnen einer Legislaturperiode auftretenden Schwankungen in der politischen Konjunktur alles andere als selbstverständlich ist.

Tabelle 3: Wahrscheinlichkeit des Bundestageinzugs kleiner Parteien 1998 in der Wahrnehmung der Identifizierer verschiedener Parteien (Wahrscheinlichkeit in Prozent)

<i>Anhänger</i>	<i>FDP</i>	<i>B90/ Grüne</i>	<i>PDS</i>	<i>REP</i>	<i>DVU</i>	<i>min. N</i>
CDU/CSU	50	63	33	13	6	409
- West	51	65	31	12	6	291
- Ost	45 a	51 c	45 c	14	9	106
SPD	40	65	35	12	10	368
- West	40	68	33	12	10	259
- Ost	38	53 c	47 c	9	13	95
FDP	61	67	27	7	5	35
- West	60	70	23	7	4	24
- Ost	65	50	47 a	10	10	10
B90/Grüne	42	72	38	12	9	110
- West	42	72	38	12	9	88
- Ost	32	58	45	9	17	8
PDS	30	48	66	9	12	33
- West	33	87	47	0	0	1
- Ost	29	46	66	9	13	54
REP	52	19	20	38	23	7
- West	67	21	0	33	0	3
- Ost	39	17	39	43	44	6
DVU	22	40	27	46	64	8
- West	28	50	33	31	51	3
- Ost	13	27	20	66	82	6
Andere Partei	27	54	46	30	19	11
- West	25	56	49	41	20	6
- Ost	31	50	41	7	17	6
Keine PID	41	58	35	17	13	372
- West	41	60	31	16	11	241
- Ost	39	51 b	49 c	20	17 a	142
Gesamt	43	61	35	14	10	1438
- West	44	64	32	14	9	975
- Ost	39 c	50 c	49 c	15	15 c	461

Es wurden die in Tabelle 1 angegebenen Gewichtungszprozeduren angewandt.
Signifikanzniveaus für die West-Ost-Differenzen: a: $p < ,05$; b: $p < ,01$; c: $p < ,001$.

Tabelle 4: Wahrgenommene Wahrscheinlichkeit des Bundestageinzugs kleiner Parteien 1994 (Wahrscheinlichkeit in Prozent)

	<i>FDP</i>	<i>B90/Grüne</i>	<i>PDS</i>	<i>n</i>
Gesamt	38	63	37	2339
West	40	66	34	1870
Ost	32 c	48 c	47 c	469

Signifikanzniveaus für die West-Ost-Differenzen: a: $p < ,05$, b: $p < ,01$; c: $p < ,001$.

Diese Ergebnisse sind errechnet anhand der Vorwahlstudie zur Bundestagswahl 1994 „Politik- und Parteipräferenz“ (ZA-Nr. 2600), für deren Bereitstellung Franz Urban Pappi und Paul W. Thurner gedankt sei. Die Frageformulierung ist mit der unseren Analysen zugrunde liegenden identisch.

Ein genauerer Blick enthüllt deutliche Wahrnehmungsunterschiede zwischen beiden Landesteilen. In den alten Bundesländern findet sich *cum grano salis* das gesamtdeutsche Muster: die Bündnisgrünen stehen deutlich an der Spitze, gefolgt von der FDP und mit noch größerem Abstand der PDS. 1998, wie bereits 1994, unterscheidet sich die ostdeutsche Wahrnehmung merklich von diesem Muster. Hier haben sich die PDS und die Bündnisgrünen mit jeweils rund 50 Prozent an die Spitze gesetzt, mit einigem Vorsprung vor der FDP; erst weit abgeschlagen folgen, wie im Westen, die selbsternannten Republikaner und die DVU.

Die Umkehrung der Reihenfolge auf der Chancenskala beruht auf markanten Differenzen zwischen West- und Ostdeutschland, die im Einklang mit unserer Hypothese stehen. Die Chancen der FDP und der Bündnisgrünen werden zwischen Rhein und Elbe deutlich höher eingeschätzt als in den neuen Ländern, wo diese Parteien mittlerweile von der landespolitischen Bühne verschwunden sind. Wie angesichts der innerdeutschen Diskrepanz in ihrem Status kaum anders zu erwarten, verhält es sich mit der PDS umgekehrt. Eindrucksvoll untermauert ein innerdeutscher Vergleich der Erfolgsaussichten, die der DVU vor der Bundestagswahl 1998 zugebilligt wurden, unsere Überlegung. Denn die Partei des Dr. Frey galt in den neuen Ländern als eindeutig besser gerüstet für die Wahlauseinandersetzung als im Westen der Republik; und dies darf wohl darauf zurückgeführt werden, daß viele Ostdeutsche noch den spektakulären Erfolg der DVU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26. April 1998 vor Augen hatten, als die Rechtsradikalen aus dem Stand 12,9% der Zweitstimmen errangen.

In Tabelle 3 finden sich auch Anhaltspunkte für die empirische Stichhaltigkeit unserer zweiten Hypothese, Anhänger einer um den Parlamentseinzug bangenden Partei sollten deren Chancen besonders günstig beurteilen. Denn bekennenden FDP-Anhängern erscheinen die liberalen Chancen als am größten, wie auch passionierte Linkssozialisten die Wahlchancen der PDS deutlich höher einschätzen als der Rest der Bevölkerung; ähnlich gilt dies auch für die Anhänger der Bündnisgrünen wie

die Befragten, die den Republikanern oder der DVU zuneigen, auch wenn in letzteren Fällen ob der niedrigen Respondentenzahl bei der Interpretation Vorsicht geboten ist.

Die wahrnehmungskolorierende Wirkung von Parteiidentifikationen beschränkt sich jedoch nicht auf die Anhänger der vor der Fünfprozenthürde stehenden Parteien. Da die CDU/CSU-affinen Respondenten die liberalen Erfolgsaussichten ausgesprochen optimistisch bewerten, scheinen Parteineigungen auch die Perzeption der Wahlchancen in zumindest potentiellen Koalitionen verbündeter Parteien zu färben. Ebenso beeinflussen politische Gegnerschaften die Wahrnehmung der Wahlaussichten. So betrachten die Anhänger von FDP und PDS die jeweils andere Gruppierung als außerordentlich schlecht gerüstet für den Bewerb um die Wählergunst. Allerdings sind beide Effekte weit davon entfernt, perfekt zu sein. Denn beispielsweise unterscheiden sich Anhänger von Union und SPD in nichts, wenn die Bewertung der grünen Wahlaussichten zur Diskussion steht. Fühlt sich ein Befragter hingegen keiner Partei verbunden, so läßt sich seine Einschätzung sehr präzise prognostizieren: Da sein Blick von keiner Parteineigung getrübt wird, kann er die politische Landschaft weitgehend objektiv wahrnehmen und sollte mit seiner Einschätzung dem Durchschnittsurteil aller Respondenten sehr nahekommen – was sich empirisch eindrucksvoll bestätigt findet.

Nachdem wir in separaten Analysen die Wirkung von Parteineigungen und der regionalen Herkunft belegt haben, bleibt zu klären, ob beide Größen unabhängig voneinander die Perzeptionen färben; insbesondere müssen wir dem Verdacht nachgehen, die festgestellten West-Ost-Differenzen verdankten sich lediglich der unterschiedlichen parteipolitischen Komposition beider Teilektorate. Die Befunde zu dieser Frage lassen an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig. In einer getrennten Betrachtung der Parteiidentifizierer in beiden Landesteilen treten beiderseits der Elbe sehr ähnliche Muster zutage (vgl. Tabelle 3), weshalb man annehmen darf, daß die Parteibindungen in West und Ost ähnliche Wirkungen zeitigen. Umgekehrt scheinen unter den Anhängern der einzelnen Parteien die gleichen innerdeutschen Differenzen auf, wie wir sie für alle Befragten herausgearbeitet haben, was für einen genuinen Regionaleffekt spricht. Als noch stärkeres Argument lassen sich die Resultate einer Regression der perzipierten Wahlchancen auf Parteineigungen und die Region anführen. Denn sie zeigen, daß unter wechselseitiger Kontrolle die dargestellten Wirkungen beider Einflußfaktoren erhalten bleiben; es liegen also echte Parteiidentifikations- und Regionaleffekte vor.

Tabelle 5: Regression der wahrgenommenen Wahlchancen auf die regionale Herkunft und Parteieigung

<i>Anhänger</i>	<i>FDP</i>	<i>B90/ Grüne</i>	<i>PDS</i>	<i>REP</i>	<i>DVU</i>
Konstante	,42 c	,59 c	,31 c	,16 c	,12 c
CDU/CSU-Anhänger	,18 c	,10 c	-,01	-,08 b	-,15 c
SPD-Anhänger	-,02	,15 c	,03 c	-,09 b	-,06 a
FDP-Anhänger	,14 c	,06 a	-,04	-,07 a	-,07 b
B90/Grüne-Anhänger	,01	,14 c	,07 a	-,05	-,04
PDS-Anhänger	-,05	,00	,11 c	-,05 a	-,03
REP-Anhänger	,04	-,09 c	-,05 a	,07 b	,03
DVU-Anhänger	-,06 a	-,04	-,03	,11 c	,21 c
andere Anhänger	-,05 a	-,00	,03	,05 a	,03
West-Ost	-,07 b	-,19 c	,24 c	,01	,10 c
korrigiertes R ²	,07	,08	,08	,03	,08
N	1505	1522	1485	1493	1438

Referenzgruppe für die Interpretation der Koeffizienten der Parteibindungsdummy's sind die Befragten ohne Parteibindung. Signifikanzniveaus der Regressionskoeffizienten: a: p<,05, b: p<,01; c: p<,001.

Die Implikationen dieser Befunde liegen auf der Hand. Zum einen begrenzt die Wirkung der Parteibindungen das Potential taktischen Wahlverhaltens im Sinne des Fallbeil-Arguments, da Anhänger einer Partei kaum in Versuchung geraten können, dieser geringe Chancen zuzuschreiben – was eine notwendige Voraussetzung für *wasted vote*-Wahlverhalten ist. Zum anderen sind die Überlegungen zu einer innerdeutschen Annäherung der Wahrnehmungen davon berührt. Denn als Ursache für den Regionaleffekt haben wir die zwischen West- und Ostdeutschland differierenden Wahlerfolge der Parteien in der Vergangenheit herausgestellt. Nimmt man dies ernst, darf man auf keine rasche Angleichung der Perzeptionen hoffen, da derzeit keine Anzeichen auf eine kurzfristige Annäherung der Komposition des west- und des ostdeutschen Parteiensystems hindeuten. Sollten die wahrgenommenen Wahlchancen das Stimmverhalten beeinflussen, könnte man sogar noch einen Schritt weitergehen. Denn in diesem Falle würden beiderseits der Elbe verschiedene Parteien als erfolgversprechend gelten und auf Grund taktischer Erwägungen Voten erhalten, was die innerdeutschen Differenzen in den Erwartungen und im Wahlverhalten zementierte oder sogar noch vergrößerte. Kurzum, es könnte ein sich selbst verstärkender Prozeß zu zwei unterschiedlichen Parteiensystemen in Gang gesetzt werden.

5. Taktisches Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998

Nachdem wir zwei zentrale Elemente strategischer Wählerkalküle eingehend analysiert haben, wenden wir uns nun der Frage zu, ob bei der Bundestagswahl 1998 taktisches Wahlverhalten eine Rolle gespielt habe. Ehe wir die beiden theoretisch diskutierten Argumente, die *wasted vote*-These und das Stützstimmenargument, auf den empirischen Prüfstand stellen, loten wir zunächst das Gesamtpotential taktischer Wähler aus. Dies geschieht, indem wir den Anteil der von der aktuellen Parteipräferenz⁵ abweichenden Stimmen, was als notwendige Voraussetzung für taktisches Wahlverhalten gilt, ermitteln (vgl. Kim/Fording 1998: 1).

Tabelle 6: Anteil der bei der Abgabe der Zweitstimme von der aktuellen Parteipräferenz abweichenden Sympathisanten der verschiedenen Parteien (in Prozent)

<i>Parteipräferenz</i>	<i>Gesamt</i>	<i>West</i>	<i>Ost</i>
CDU/CSU	15,9	15,3	18,8
SPD	5,4	5,1	8,2
FDP	18,2	20,0	14,3
B90/Grüne	20,7	18,3	41,7
PDS	34,0	71,4	26,4
Andere	15,8	18,2	18,2
Zusammen	13,4	12,4	18,4
N	940	647	288

Nur Vorwählerhebung; sofern der gesamtdeutsche Wert nicht zwischen dem west- und dem ostdeutschen liegt, sind dafür die unterschiedlichen Gewichtungsverfahren verantwortlich.

Tabelle 6 zeigt, daß vor der Bundestagswahl 1998 zwischen zehn und 20 Prozent der Befragten mit einer Parteipräferenz an der Wahlurne von dieser abweichen wollten, wobei in den neuen Ländern die Bereitschaft zu solchem devianten Stimmverhalten etwas ausgeprägter war als im Westen. Vor der Wahl 1998 gab es also durchaus ein solches Potential, auch wenn es sich nur um eine Minderheit der Wähler handelte. Jedoch sollte von diesem minoritären Charakter nicht auf die praktische Irrelevanz taktischen Wahlverhaltens geschlossen werden. Denn für eine Partei, deren Schicksal an der Frage hängt, ob sie 4,9% oder 5,1% der Zweitstimmen erhält, kann es ebenso entscheidend sein, ob sie ein Fünftel ihrer Sympathisanten bei der Stange halten kann, wie es von Belang ist, inwieweit es ihr gelingt, aus dem weitaus größeren Reservoir an Sympathisanten der beiden Volksparteien ein

⁵ Als Sympathisant einer Partei gilt, wer dieser die größte Wertschätzung, gemessen anhand von Sympathieskalometern, entgegenbringt.

Zehntel oder Zwanzigstel für sich zu gewinnen. Inwieweit die kleinen Parteien 1998 diese Effekte fürchten mußten oder auf sie hoffen durften, gilt es nun, empirisch zu klären.

1. Die *wasted vote*-These

Die hier diskutierte Variante des *wasted vote*-Arguments postuliert, daß Bürger, deren politische Präferenz einer kleinen Partei gehört, dieser ihre Zweitstimme vorenthalten, wenn sie annehmen, ihr werde es nicht gelingen, in den Bundestag einzuziehen. Damit liegt auf der Hand, daß das Fallbeil-Argument bei der Bundestagswahl 1998 nur für Sympathisanten von FDP, Bündnis 90/Die Grünen, PDS, REP und DVU gelten konnte, die in den folgenden Auswertungen die Analyseeinheiten bilden. Im zweiten Schritt werden diese Befragten danach unterteilt, ob sie der präferierten Partei an der Wahlurne treu geblieben sind oder zu einer anderen Gruppierung übergelaufen sind, deren Bundestagseinzug sie für absolut oder zumindest ziemlich sicher hielten, wobei sie im letzteren Falle als taktische Wähler im Sinne des *wasted vote*-Arguments gelten.

Folgt man dieser in der Literatur etablierten Analysestrategie (vgl. etwa Blais/Nadeau 1996: 40-44), erweisen sich in Westdeutschland knapp 17% und in den neuen Ländern beinahe 23% Prozent der Sympathisanten kleiner Parteien als solchermaßen taktische Wähler (vgl. Tabelle 7). Daraus läßt sich schließen, daß die kleinen Parteien rund ein Fünftel ihrer Sympathisanten an eine andere, aussichtsreich erscheinende Parteien verloren. Allerdings erlaubt diese Kategorisierung noch keinen Rückschluß auf die dem Wahlverhalten zugrunde liegenden Motive. Insbesondere läßt sich noch nicht entscheiden, ob die devianten Wähler auf Grund eines strategischen Kalküls zu ihren Voten gelangt sind. Dazu sind weitere Analysen erforderlich.

Tabelle 7: Wahlentscheidung der Sympathisanten kleiner Parteien (in Prozent)

	<i>Gesamt</i>	<i>West</i>	<i>Ost</i>
Entscheidung für präferierte Partei	80,5	83,5	77,3
Entscheidung für aussichtsreiche andere Partei	19,5	16,5	22,7
N	174	97	97

Als aussichtsreiche Parteien gelten CDU/CSU und SPD sowie die kleinen Parteien, sofern der jeweilige Respondent deren Bundestagseinzug für ziemlich oder absolut sicher hielt.

Sofern sich hinter diesen Wahlentscheidungen tatsächlich taktische Erwägungen verbergen sollten, müßten sich diese ‚strategischen Abweichler‘ als politisch gewiefter und interessierter erweisen als jene Wähler, die ihrer Parteipräferenz treu geblieben sind. Tabelle 8 zeigt, daß sich die abweichenden Wähler tatsächlich von den treuen unterscheiden – aber

anders, als wir mutmaßten. Denn in West- wie in Ostdeutschland erweisen sich die Stimmbürger, die an der Wahlurne ihrer sympathischsten Partei treu bleiben, als politisch alerter als ihre untreuen Pendanten: Sie schreiben sich tendenziell eine höhere politische Kompetenz zu, besitzen eine deutlich höhere formale Bildung und sind erkennbar politisch interessierter. Und, was in bezug auf die hier diskutierten taktischen Entscheidungen besonders wichtig erscheint, sie kennen sich besser mit dem Wahlsystem aus als die Bürger, die statt für ihre erste Präferenz für eine andere aussichtsreiche Partei votieren.⁶ Damit muß die Vermutung, bei den letzteren Stimmbürgern handele es sich per definitionem um eine ‚Wählerelite‘, zurückgewiesen werden, wie auch die Vorstellung, solche Wahlentscheidungen beruhten auf einem ausgeklügelten Kalkül, davon nicht unberührt bleibt: Die Sympathisanten kleiner Parteien scheinen eher zufällig als wohlüberlegt zu einer anderen Partei abzuweichen.

Tabelle 8: Vergleich der Sympathisanten kleiner Parteien, die für diese stimmen, mit solchen, die für eine andere, als aussichtsreich wahrgenommene Partei votieren

		<i>Polit. Wissen*</i>	<i>Polit. Interesse</i>	<i>Bildung</i>	<i>Polit. Kompetenz</i>	<i>min. N</i>
West	Treue	70	3,68	2,46	3,90	92
	Abweichler	39 a	3,13 a	1,98 a	3,90	
Ost	Treue	55	3,50	2,04	3,96	97
	Abweichler	36	3,15	1,65 a	3,72	
Gesamt	Treue	65	3,63	2,33	3,92	166
	Abweichler	38 b	3,14 a	1,85 b	3,83	

Signifikanzniveaus für die West-Ost-Differenzen: a: $p < .05$; b: $p < .01$; c: $p < .001$. Vgl. zu den unabhängigen Variablen Tabelle 2 und Fußnote 4. * Es ist der Prozentsatz der Befragten angegeben, die das Wahlsystem kennen.

Dieser Vergleich der beiden Wählergruppen kann zwar Zweifel an der empirischen Stichhaltigkeit der *wasted vote*-These, aber keinen endgültigen Aufschluß darüber geben. Dies kann erst eine Analyse der Entscheidungsprozedur leisten. Dazu untersuchen wir, ob die wahrgenommenen Wahlchancen der präferierten kleinen Partei das Stimmverhalten beeinflußt hat. Wie Tabelle 9 zeigt, läßt sich in Ostdeutschland ein solcher Effekt nicht nachweisen, da es keinen Befragten

⁶ Diese Differenzen beruhen nicht darauf, daß Personen mit unterschiedlicher Parteipräferenz in den beiden Vergleichsgruppen dominieren. In West- und Ostdeutschland stimmt die parteipolitische Komposition der parteitreuen und der abweichenden Wähler überein.

gibt, der seiner präferierten Partei keine realistischen Aussichten auf einen Bundestagseinzug zubilligte. Es ist also kein echter Test möglich, allerdings spricht dieser Befund insofern gegen die Relevanz des Fallbeil-Effekts, als in den neuen Ländern die Sympathisanten kleiner Parteien ihrer bevorzugten Gruppierung keine schlechten Wahlchancen attestieren wollen und damit überhaupt nicht Gefahr laufen können, wegen solcher Perzeptionen ihrer präferierten Partei den Rücken zuzukehren. In den alten Ländern spielt es hingegen durchaus eine Rolle für die Wahlentscheidung, wie die elektoralen Perspektiven der aktuell bevorzugten Partei gesehen werden. Denn Wähler, die ihre Partei aussichtsreich wähen, lassen diese deutlich seltener an der Wahlurne im Stich als pessimistisch gestimmte Sympathisanten.

Tabelle 9: Anteil der Abweichler in Abhängigkeit von den wahrgenommenen Wahlchancen der präferierten kleinen Partei (in Prozent)

<i>Präferierte Partei ist ...</i>	<i>Gesamt</i>	<i>West</i>	<i>Ost</i>
aussichtsreich*	19	16	24
aussichtslos	100	100	-
Cramérs V	,22 b	,23 a	-
N	173	97	96

Signifikanzniveaus: a: $p < ,05$; b: $p < ,01$; c: $p < ,001$.

* Eine Partei gilt als aussichtslos, falls der Respondent ihren Bundestagseinzug für ganz unwahrscheinlich hält; ansonsten wird sie als aussichtsreich deklariert.

Tabelle 10: Logistische Regression der Neigung zu strategischer Abweichung auf wahrgenommene Wahlaussichten und Parteibindungen (nur Westdeutschland)

	<i>Logitkoeffizient</i>	<i>Standardfehler</i>
Wahlchancen*	8,19	43,97
Identifikation mit der präferierten Partei	-1,97 b	7,0
Identifikation mit der gewählten, aber nicht präferierten Partei	8,87	29,05
Konstante	-,95 a	,39
-2 Log-Likelihood	89,6 a	
Modell-Chi ²	26,6	
Devianzreduktion (%)	29,7	
N	100	

Signifikanzniveaus: a: $p < ,05$; b: $p < ,01$; c: $p < ,001$. * Wahlchancen: 0: präferierte Partei gilt als aussichtsreich; 1: präferierte Partei gilt als aussichtslos.

Der positive Befund zum *wasted vote*-Argument in Westdeutschland ist nicht ohne weiteres mit dem in Tabelle 8 skizzierten negativen Bild von den

Abwechslern zu vereinbaren: Diese scheinen zwar politisch weniger interessiert und informiert als ihre parteitreuen Pendants, aber zu einer wohlkalkulierten Stimmenscheidung in der Lage. Auflösen läßt sich dieser Widerspruch, wenn man sich vor Augen führt, daß die devianten Wähler mit ihrem Votum womöglich einer langfristigen Parteiloyalität folgen, die neben der Wahlentscheidung auch die ungünstige Wahlprognose für die gegenwärtig präferierte Partei gefärbt hat. Folglich trafen zwar die konstituierenden Merkmale taktischen Wahlverhaltens zusammen, doch wären die wahrgenommenen Wahlaussichten nicht die treibende Kraft, sondern neben dem Wahlverhalten ein Produkt langfristiger Parteibindungen (vgl. Schoen 1999). Da in einer logistischen Regression unter Kontrolle der Parteieigungen die perzipierten Wahlchancen tatsächlich ihren Einfluß einbüßen (vgl. Tabelle 10), kann man dieses Argument als stichhaltig erachten. Und in der Konsequenz dürfen die Wahlkampf Bemühungen, die sich auf das *wasted vote*-Argument stützen, als fragwürdig gelten.

2. Das Stützstimmenargument

Die Stützstimmenthese hat genau entgegengesetzt zum Fallbeil-Effekt Wählerbewegungen hin zu den kleinen Parteien zum Inhalt. Als potentielle Stützwähler kommen die Sympathisanten sämtlicher Parteien in Frage, außer derjenigen, der die Voten zufließen sollen. Und Profiteure können alle Parteien sein, die um den Parlamentseinzug bangen müssen. Aus der Vielzahl möglicher Wählerströme haben wir für unsere Analyse einige wenige herausgegriffen. Zum einen betrachten wir nur Stützstimmen zugunsten von FDP, Bündnisgrünen und PDS, während wir REP und DVU außen vor lassen. Zum anderen nehmen wir auf der Quellenseite eine Einschränkung vor, indem wir nur Sympathisanten von CDU/CSU und SPD als potentielle Stützwähler betrachten; Sympathisanten anderer Parteien schließen wir aus, da in diesen Fällen die Konstellation aus Präferenzen, Wahrnehmungen und Verhaltensabsichten, die für eine Stützstimme kennzeichnend ist, nicht immer von jener eines Votums, das der *wasted vote*-Logik folgt, zu unterscheiden wäre. Die verbleibenden Respondenten erlauben es, zwei Varianten der Stützwahl zu untersuchen. Zum einen läßt sich eine allgemeine Version analysieren, in der Anhänger von Union und SPD gleichermaßen als potentielle ‚Stimmenspender‘ für FDP, Bündnisgrünen und PDS gelten. Zum anderen kann die spezielle Variante der Koalitionswahl untersucht werden, in der ausschließlich die Bewegungen zwischen einer Präferenz für die Union oder die SPD und einem Votum für die FDP bzw. die Bündnisgrünen analysiert werden.

Tabelle 11: Vergleich der Stützwähler mit den Sympathisanten von CDU/CSU und SPD, die für ihre präferierte Partei stimmen

		<i>Polit. Wissen*</i>	<i>Polit. Interesse</i>	<i>Bildung</i>	<i>Polit. Kompe- tenz</i>	<i>min. N</i>
FDP	Treue	50	3,15	1,63	3,73	689
	Stützwähler	58	3,43	2,05 a	4,03	
- West	Treue	51	3,17	1,61	3,76	500
	Stützwähler	62	3,39	2,06 a	4,04	
- Ost	Treue	42	3,05	1,73	3,52	162
	Stützwähler	0	4,00	2,00	4,00	
B90/Grüne	Treue	50	3,15	1,63	3,73	679
	Stützwähler	27	3,33	2,25 b	4,38 a	
- West	Treue	51	3,17	1,61	3,76	492
	Stützwähler	23	3,32	2,23 a	4,43 a	
- Ost	Treue	42	3,05	1,73	3,52	161
	Stützwähler	73	3,47	2,47	3,73	
PDS	Treue	50	3,15	1,63	3,73	670
	Stützwähler	71	2,70	2,15	4,45	
- Ost	Treue	42	3,04	1,73	3,52	165
	Stützwähler	71	2,70	2,15	4,45 a	
Union → FDP	Treue	51	3,32	1,77	3,81	353
	Stützwähler	53	3,39	2,13 a	4,00	
- West	Treue	52	3,36	1,75	3,86	254
	Stützwähler	57	3,34	2,14	4,00	
- Ost	Treue	41	3,09	1,89	3,45	84
	Stützwähler	0	4,00	2,00	4,00	
SPD → B90/Grüne	Treue	49	2,98	1,48	3,64	340
	Stützwähler	21	3,32	2,21 b	4,59 a	
- West	Treue	49	2,98	1,47	3,65	245
	Stützwähler	13	3,26	2,13	4,64	
- Ost	Treue	43	2,99	1,57	3,60	79
	Stützwähler	100	4,00	3,00 a	4,00	

Signifikanzniveaus der Differenzen zwischen parteitreuen und Stützwählern: a: $p < ,05$; b: $p < ,01$; c: $p < ,001$. Vgl. zu den unabhängigen Variablen Tabelle 2 und Fußnote 4. * Es ist der Prozentsatz der Befragten angegeben, die das Wahlsystem kennen.

Wie im Falle des *wasted vote*-Arguments stellt sich nach der Identifikation der strategisch erscheinenden Wähler die Frage, wie gerechtfertigt es sei, die vorgefundene Kombination aus Einstellungen und

Verhaltensabsichten strategischen Erwägungen zuzuschreiben. Erste Anhaltspunkte kann ein Vergleich der parteitreuen mit den von ihrer Präferenz abweichenden Wähler liefern; denn sofern sich die Vergabe der Stützstimmen einem strategischen Kalkül verdankt, sollten sich diese Stimmbürger als politisch gewiefter erweisen als ihre parteitreuen Pendanten. Die in Tabelle 11 festgehaltenen Ergebnisse bestätigen genau diese Vermutung. Denn, abgesehen von einigen Befunden zur Kenntnis des Wahlsystems, sind die Wähler, die von ihrer Parteipräferenz zugunsten einer kleinen Gruppierung abweichen, zumindest der Tendenz nach formal höher gebildet, politisch interessierter und fühlen sich politisch kompetenter als jene, die an der Wahlurne ihrer aktuellen Parteipräferenz folgen; und dies gilt sowohl für die allgemeine Stützwahl als auch die Koalitionswahlvariante.

Diese Ergebnisse stärken zwar die Stützstimmthese, doch kann erst eine empirische Analyse der Wirkung der wahrgenommenen Wahlchancen der kleinen Parteien auf die Bereitschaft, für diese zu votieren, deren empirische Tragfähigkeit belegen. Nach unseren theoretischen Überlegungen sollten Stützstimmen bevorzugt dann fließen, wenn das Schicksal einer kleinen Partei ungewiß erscheint, nicht jedoch, wenn deren Parlamenteinzug als sicher oder sehr unwahrscheinlich gilt. Nimmt man diese Perspektive ein, erweist sich der auf Tabelle 11 gestützte Optimismus als voreilig. Denn in keinem einzigen Fall gibt es einen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der Wahlchancen und dem Stimmverhalten in der erwarteten Richtung – und dies gilt für sämtliche Stützwähler wie für die Koalitionswähler. Einziger Lichtblick sind die westdeutschen Voten zugunsten der Liberalen, deren Verhalten tendenziell dem vermuteten Muster entspricht. Dagegen handeln insbesondere die ostdeutschen Wähler vollkommen kontraintuitiv: In einigen Fällen entscheiden sich jene Bürger deutlich häufiger gegen ihre Parteipräferenz und für eine kleine Partei, die deren Bundestageinzug für sicher oder ausgeschlossen halten, als jene, die diesen als ungewiß erachten. Folglich gibt es in West- wie in Ostdeutschland durchaus solche Stütz- und Koalitionssstimmen, aber diese verdanken sich nicht dem skizzierten Mechanismus. Vielmehr werden kleine Parteien mit ‚Leihstimmen‘ bedacht, wenn ihr Bundestageinzug als ungefährdet gilt, so daß es sich um Voten handelt, die eher unter den sicher im Parlament vertretenen Gruppierungen eine Kräfteverschiebung bewirken als zusätzliche Fraktionen ins Spiel bringen können.

Zugleich zeigt der scheinbare Widerspruch zwischen dem optimistischen Bild in Tabelle 11 und den ernüchternden Befunden in Tabelle 12, daß positive Merkmale einer Person noch nicht für eine wohlüberlegte Entscheidung bürgen können. In dem speziellen Fall scheint es, als spiegele sich in der gesteigerten politischen Aufmerksamkeit und Gewieftheit der zu kleinen Parteien abweichenden Wähler die generelle Tendenz höher

Gebildeter zur Wahl insbesondere von FDP und Bündnisgrünen wider – und nicht strategische Überlegungen.

Tabelle 12: Wahlentscheidung der potentiellen Stützwähler in Abhängigkeit von den wahrgenommenen Wahlchancen der zu unterstützenden Partei

	<i>Einzug gewiß¹</i>	<i>Einzug ungewiß</i>	<i>Cramérs V</i>	<i>N</i>
Stützwähler insgesamt				
FDP	3	3	,01	647
- West	2	4	,03	465
- Ost	7	1	,11	155
B90/Grüne	3	2	,04	655
- West	2	2	,00	469
- Ost	7	0	,25 c	157
PDS	1	0	,06	632
- West	-	-	-	452
- Ost	12	2	,21 b	159
Koalitionswähler				
CDU/CSU → FDP	3	6	,05	332
- West	4	7	,04	239
- Ost	13	3	,15	79
SPD → B90/Grüne	2	3	,03	329
- West	0	3	,07	236
- Ost	11	0	,32 b	78

¹ Einzug gewiß: Einzug der gewählten kleinen Partei ist absolut sicher oder sehr unwahrscheinlich; Einzug ungewiß: Bundestageinzug ist ziemlich sicher oder eher unsicher. Signifikanzniveaus: a: $p < ,05$; b: $p < ,01$; c: $p < ,001$.

Für die Parteien bedeuten diese Befunde nichts anderes, als daß Stützstimmenwerbung, die dem klassischen Argument folgt, keine Stimmengewinne verspricht, ja sogar –einbußen bringen könnte. Erfolgversprechender scheint es, um die Zweitstimmen jener Bürger zu werben, die den Parlamentseinzug einer kleinen Partei für gesichert halten und dieser den Rücken stärken wollen; und da die Parteien, wie Abschnitt 3 gezeigt hat, tatsächlich darauf setzen, Zweckoptimismus in eigener Sache zu verbreiten, scheinen diese Kampagnen gerechtfertigt.

6. Schlußbemerkungen

Ziel unserer Untersuchung war es festzustellen, inwieweit taktisches Wahlverhalten in der Propaganda der Parteien und dem Entscheidungsverhalten der Bürger eine Rolle spiele. Am Beispiel der *wasted*

vote-These und des Stützstimmenarguments haben wir gezeigt, daß die Parteien diesen Argumenten in ihrer Werbung vor der Wahl 1998 einige Aufmerksamkeit schenkten. Auf der Seite des Wahlvolks stießen diese Bemühungen jedoch auf keine allzu große Resonanz. Denn wir haben gesehen, daß es um die Voraussetzungen für solches Wahlverhalten nicht allzu gut bestellt ist, da die Funktionsweise des Wahlsystems maximal der Hälfte des Elektorats bekannt ist. Und was das Stimmverhalten angeht, haben wir festgestellt, daß die *wasted vote*-These auf den ersten Blick zwar einige empirische Anhaltspunkte für sich ins Feld führen kann. Jedoch zeigt sich bei genauerem Hinsehen, daß nicht die perzipierten Wahlaussichten die treibende Kraft hinter dem Wahlverhalten sind, sondern längerfristige Parteiloyalitäten. Im Falle der Stützstimmenthese sind die Befunde noch ernüchternder. Denn, sofern die als zentral erachteten Wahrnehmungen überhaupt eine nachweisbare Wirkung zeitigen, so in einer Richtung, die der theoretischen Erwartung genau entgegengesetzt ist. Für die Bundestagswahl 1998 kann daher die Bedeutung strategischen Wahlverhaltens im Sinne der beiden theoretisch plausiblen Thesen als marginal gelten.

Diese Ergebnisse zum Wählerwissen und -verhalten werfen die Frage auf, weshalb die Parteien den skizzierten Werbeaufwand auf sich nehmen, ohne einen Effekt erzielen zu können. Sieht man von der Möglichkeit ab, daß es sich um ein bloßes Ritual handele, bieten sich zwei Erklärungen an. Erstens könnte man den Parteiliten einen Versuch unterstellen, mit dem Wahlkampf die politische Bildung zu fördern; wie wir gesehen haben, ist diesem Unternehmen jedoch nur ein Stroheffekt beschieden, was angesichts der Funktion von Wahlwerbung wenig überrascht (vgl. Huh 1996: 129). Ähnlich desillusionierend wäre die Option, daß die Parteien in ihrem Streben nach Stimmenmaximierung meinen, taktische Argumente seien geeignet, diesem Ziel näher zu kommen. Damit strafen die Parteien zwar die gängige Kritik an Wahlkämpfen, die eine Unterforderung der Bürger konstatiert, Lügen, doch stellten sie sich gleichzeitig insofern ein Armutszeugnis aus, als sie bei knappen Ressourcen ihre Ziele mit ungeeigneten Mitteln verfolgten. Dieses Szenario unterstellt, scheint sich jedoch ein Sinneswandel abzuzeichnen – zumindest deutet die Erkenntnis des damaligen Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, Solms, in diese Richtung: „Die Wähler rechnen meistens nicht; sie wählen Parteien, die ihnen liegen, und das nicht nur rational“ (zitiert nach Gennrich 1998: 3).

Oder sollten sich die negativen Befunde den besonderen Umständen verdanken, unter denen die Bundestagswahl 1998 stattfand? Waren die Erwartungen an die Mehrheitsverhältnisse und Koalitionsmuster derart unsicher, daß viele potentiell taktische Wähler sich nicht solcher Finessen bedienen und sich andere Bürger zu irrational erscheinenden Voten verleiten ließen (siehe auch Downs 1957: 151-153)? Eine endgültige Antwort darauf können wir an dieser Stelle nicht geben, da kaum adäquate Untersuchungen

zu anderen Urnengängen vorliegen, die einen Vergleich erlaubten. Sollte diese Überlegung jedoch für das Jahr 1998 Gültigkeit beanspruchen können, so dürfte es sich, mit Blick in die Zukunft, nicht um einen Ausnahme-, sondern eher den Regelfall handeln. Denn im Zeichen schwindender langfristiger Bindungen und größerer Wechselbereitschaft der Wähler kommt zwar ein wachsender Teil des Elektorats für taktische Voten in Frage, was die Parteien animieren könnte, in ihren Kampagnen verstärkt auf solche Argumente zu setzen. Zugleich macht das größere Wechspotential jedoch die Bildung zuverlässiger Erwartungen zu einem zusehends unsicheren Unterfangen, wie auch eine Flut derartiger Wahlkampfpropaganda eher für Verunsicherung sorgen dürfte. Folglich könnte die Dialektik des politischen Wettbewerbs dafür sorgen, daß die politische Elite noch stärker als heute taktisches Wahlverhalten propagierte, aber gleichzeitig die Stimmbürger an der Wahlurne seltener als bisher auf Grund strategischer Erwägungen entschieden und den Wahltag verstärkt als Gelegenheit, aktuelle politische Präferenzen auszudrücken, auffaßten – mit dem Ergebnis, daß sich die skizzierte Schere zwischen Elite und Elektorat weiter öffnete.

Literatur

- ALDRICH, John, H./SULLIVAN, John L./BORGIDA, Eugene, 1989: Foreign Affairs and Issue Voting: Do Presidential Candidates ‚Waltz Before a Blind Audience?‘, in: American Political Science Review 83, S. 123-141.
- BABAD, Elisha 1997: Wishful Thinking among Voters: Motivational and Cognitive Influences, in: International Journal of Public Opinion Research, Vol. 9, S. 105-125.
- BABAD, Elisha/HILLS, M./O’DRISCOLL, M. 1992: Factors Influencing Wishful Thinking and Predictions of Election Outcomes, in: Basic and Applied Social Psychology, Vol. 13, S. 461-476.
- BANNAS, Günter 1998: Die ‚intelligente Wählerschaft‘ hat es diesmal schwerer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.9.1998, S. 3.
- BAWN, Kathleen, 1993: The Logic of Institutional Preferences: German Electoral Law as a Social Choice Outcome, in: American Journal of Political Science, Vol. 37, S. 965-989.
- BAWN, Kathleen, 1999: Voter Responses to Electoral Complexity: Ticket Splitting, Rational Voters and Representation in the Federal Republic of Germany, in: British Journal of Political Science, Vol. 29, S. 487-505.
- BERELSON, Bernard R./LAZARFELD, Paul F./MCPHEE, William N. 1954: Voting. A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign, Chicago: University of Chicago.
- BETHSCHEIDER, Monika 1987: Wahlkampfführung und politische Weltbilder. Eine systematische Analyse des Wahlkampfes der Bundestagsparteien in den Bundestagswahlkämpfen 1976 und 1980, Frankfurt am Main: Peter Lang.

- BLAIS, André/NADEAU, Richard 1996: Measuring Strategic Voting: A Two-Step Procedure, in: *Electoral Studies*, Vol. 15, S. 39-52.
- BRETTSCHEIDER, Frank 1992: Der taktische und rationale Wähler. Über den Einfluß von Wahlumfragen auf das Wählerverhalten bei den Bundestagswahlen 1983 bis 1990, in: *Politische Vierteljahresschrift* 33, S. 55-72.
- CAMPBELL, Angus/CONVERSE, Philip E./MILLER, Warren E./STOKES, Donald E. 1960: *The American Voter*, New York: Wiley & Sons.
- CATT, Helena 1989: Tactical Voting in Britain, in: *Parliamentary Affairs*, Vol. 42, S. 548-559.
- CONVERSE, Philip E. 1969: Of Time and Partisan Stability, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 2, S. 139-171.
- COX, Gary W. 1984: Strategic Electoral Choice in Multi-Member Districts: Approval Voting in Practice?, in: *American Political Science Review*, Vol. 28, S. 722-738.
- COX, Gary W. 1997: *Making Votes Count*, Cambridge: Cambridge University Press.
- DOWNS, Anthony 1957: *An Economic Theory of Democracy*, New York: Harper and Row.
- EVANS, Geoffrey/CURTICE, John/NORRIS, Pippa, 1998: New Labour, New Tactical Voting?, in: DENVER, David/FISHER, Justin/COWLEY, Philip/PATTIE, Charles (Hrsg.), *British Elections and Parties Review*, Vol. 8, London: Frank Cass, S. 65-79.
- FALTER, Jürgen W. 1987: Die Bundestagswahl von 1987: Ursachen und Auswirkungen des Wahlergebnisses, in: HAUNGS, Peter/JESSE, Eckhard (Hrsg.), *Parteien in der Krise? In- und ausländische Perspektiven*, Köln: Wissenschaft und Politik, S. 257-264.
- FEIST, Ursula/HOFFMANN, Hans-Jürgen 1999: Die Bundestagswahl 1998: Wahl des Wechsels, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 30. Jg., S. 215-251.
- FISHER, Stephen L. 1973: The Wasted Vote Thesis, in: *Comparative Politics*, Vol. 6, S. 293-299.
- GALBRAITH, John W./RAE, Nicol C. 1989: A Test of the Importance of Tactical Voting: Great Britain, 1987, in: *British Journal of Political Science*, Vol. 19, S. 126-136.
- GENNRICH, Claus 1998: Zu lange war die FDP auf die Rolle als Mehrheitsbeschaffer angewiesen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16.5.1998, S. 3.
- GLUCHOWSKI, Peter 1983: Wahlerfahrung und Parteiidentifikation. Zur Einbindung von Wählern in das Parteiensystem der Bundesrepublik, in: KLINGEMANN, Hans-Dieter/KAASE, Max (Hrsg.), *Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 442-477.
- GRANBERG, Donald/BRENT, Edward 1983: When Prophecy Bends: The Preference-Expectation Link in U.S. Presidential Elections, 1952-1980, in: *Journal of Personality and Social Psychology*, Vol. 45, S. 477-491.
- HARSCHIEDT, Michael 1973: Das Splitting – ein wahltaktisches Medium der Liberalen?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B9, S. 27-45.
- HUH, Tina 1996: *Moderne politische Werbung - Information oder Manipulation? Werbestrategien im Wahlkampf, dargestellt anhand der Landtagswahlkämpfe von 1952 bis 1992*, Frankfurt/Main: Peter Lang.
- KEY, Vladimir O. 1966: *The Responsible Electorate*, Cambridge: Belknap Press.

- KIM, HeeMin/FORDING, Richard C. 1998: Does Tactical Voting Matter?: The Political Impact of Tactical Voting in Recent British Elections, unveröffentlichtes Diskussionspapier, Florida und Lexington.
- KIRCHGÄSSNER, Gebhard 1986: Der Einfluß von Meinungsumfragen auf das Wahlergebnis, in: KLINGEMANN, Hans-Dieter/KAASE, Max (Hrsg.), Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 232-247.
- KIRCHGÄSSNER, Gebhard 1992: Towards a theory of low-cost decisions, in: European Journal of Political Economy, Vol. 8, S. 305-320.
- KLEIN, Markus/HEINZE, Thomas 1999: Die Wähler der Partei der zweiten Wahl: Die Entwicklung der Wählerschaft der Freien Demokratischen Partei Deutschlands zwischen 1949 und 1996 – eine empirische Analyse, in: ZA-Information 44, S. 6-38.
- LATSIS, Spiro J. 1976: A Research Programme in Economics, in: LATSIS, Spiro J. (Hrsg.), Method and Appraisal in Economics, Cambridge: Cambridge University Press, S. 1-41.
- LAZARUSFELD, Paul F./BERELSON, Bernard/GAUDET, Hazel 1944: The People's Choice, New York: Columbia University Press.
- MEEHL, Paul E. 1977: The Selfish Voter Paradox and the Thrown-away Vote Argument, in: American Political Science Review, Vol. 71, S. 11-30.
- MILBRATH, Lester W./GOEL, M.L. 1977: Political Participation. How and Why Do People Get Involved in Politics?, 2. Auflage, Lanham: Rand McNally.
- NICLAUB, Karlheinz 1999: Bestätigung der Kanzlerdemokratie? Kanzler und Regierungen zwischen Verfassung und politischen Konventionen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B20, S. 27-38.
- o.V.: Im Westen will die PDS ihr Ergebnis auf 1,8 Prozent verdoppeln, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.8.1998, S. 5 (FAZ 1998a).
- o.V.: Müntefering will keine Wahlkreisabsprachen mit Grünen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.8.1998, S. 2 (FAZ 1998b).
- o.V.: Spekulationen sind Quatsch und Getöse, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8.9.1998, S. 2 (FAZ 1998c).
- o.V.: Die CDU fühlt sich beflügelt. Die SPD sieht ihre Hoffnungen nicht erfüllt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.9.1998, S. 1 (FAZ 1998d).
- o.V.: Genscher verteidigt Zweitstimmen-Kampagne, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.9.1998, S. 2 (FAZ 1998e).
- o.V.: Westerwelle: Union soll FDP-Kampagne nicht behindern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.9.1998, S. 2 (FAZ 1998f).
- PALMER, Christoph E., 1993: Der Bundestagswahlkampf 1986/1987. Eine systematische Darstellung der Wahlkampfführung der Bundestagsparteien und der Rahmenbedingungen der Wahl, Frankfurt/Main: Peter Lang.
- REUMANN, Kurt 1983: Gibt es einen Fallbeil-Effekt für die kleinen Parteien?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9.3.1983, S. 4.
- ROBERTS, Geoffrey 1988: The 'second-vote' campaign strategy of the West German Free Democratic Party, in: European Journal of Political Research, Vol. 16, S. 317-337.
- RUDOLPH, Hermann 1987: Wahlkampf: Zwischen Ritual und Lagermentalität, in: HAUNGS, Peter/JESSE, Eckhard (Hrsg.), Parteien in der Krise? In- und ausländische Perspektiven, Köln: Wissenschaft und Politik, S. 143-147.

- SARCINELLI, Ulrich 1986: Politische 'Dramaturgie und Inszenierungskunst': Symbolische Politik im Wahlkampf, in: Politische Bildung, B 19, S. 33-44.
- SCHMITT-BECK, Rüdiger 1993: Denn sie wissen nicht, was sie tun ... Zum Verständnis des Verfahrens der Bundestagswahl bei westdeutschen und ostdeutschen Wählern, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 24. Jg., S. 393-415.
- SCHMITT-BECK, Rüdiger 1996: Medien und Mehrheiten: Massenmedien als Informationsvermittler über die Wahlchancen der Parteien, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 27. Jg., S. 127-144.
- SCHOEN, Harald 1996: Stimmensplitting in der Bundesrepublik- Eine Form taktischer Wahlentscheidung?, unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Bamberg.
- SCHOEN, Harald 1999: Mehr oder weniger als fünf Prozent – ist das wirklich die Frage?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 51. Jg., S. 565-582.
- SCHÜTTEMEYER, Suzanne S. 1986: Bundestag und Bürger im Spiegel der Demoskopie, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- SCHULTZE, Rainer-Olaf 1987: Meinungsforschung: Vom aktiven Wähler zum passiven Befragten, in: HAUNGS, Peter/JESSE, Eckhard (Hrsg.), Parteien in der Krise? In- und ausländische Perspektiven, Köln: Wissenschaft und Politik, S. 169-174.
- SCHULTZE, Rainer-Olaf/ENDER, Jürgen, 1991: Aus aktuellem Anlaß: Bayerns Wahlsystem – verfassungspolitisch bedenklich?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 22. Jg., S. 150-160.
- SHIVELY, W. Phillips 1972: The Elusive ‚Psychological Factor‘, in: Comparative Politics, Vol. 5, S. 129-134.
- SPAFFORD, Duff 1972: Electoral Systems and Voter's Behavior, in: Comparative Politics, Vol. 5, S. 129-134.
- THURNER, Paul W./PAPPI, Franz Urban, 1998: Measuring and Explaining Strategic Voting in the German Electoral System, Paper presented at the Annual Meeting of the American Political Science Association, Boston.
- TOMAN-BANKE, Monika 1994: Die Wahlslogans von 1949 bis 1994, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B51/52, S. 47-55.
- TOMAN-BANKE, Monika 1996: Die Wahlslogans der Bundestagswahlen 1949-1994, Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- TSEBELIS, George 1986: A General Model of Tactical and Inverse Tactical Voting, in: British Journal of Political Science, Vol. 16, S. 395-404.
- WILDENMANN, Rudolf 1963: Macht und Konsens als Problem der Innen- und Außenpolitik, Frankfurt/Main: Athenäum.
- ZINTL, Reinhard 1994: Die Kriterien der Wahlentscheidung in Rational-Choice-Modellen, in: RATTINGER, Hans/GABRIEL, Oscar W./JAGODZINSKI, Wolfgang (Hrsg.), Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland, Frankfurt/Main: Peter Lang, S. 501-523.